



Association des directions des Cycles d'Orientation (ADCO)-Association des Responsables d'Etablissement du Canton de Fribourg partie Francophone (ADEP)-Association suisse des médecins assistants et chefs de clinique, section fribourgeoise (ASMAF)-Association des agents des services publics de l'Etat de Fribourg (AASP)-Association fribourgeoise des conseillers en orientation (AFCO)-Association fribourgeoise de l'enseignement professionnel (AFEP)-Association Fribourgeoise des Professeurs de l'Enseignement Secondaire Supérieur (AFPSS)-Association de la gendarmerie fribourgeoise (AGF)-Association des Maîtres du Cycle d'Orientation Fribourgeois Francophone (AMCOFF)-Association des professeurs du conservatoire (APCF)-Association de personnels des hautes écoles fribourgeoises et hautes écoles pédagogique (APHEF-HES-SO)-Association du personnel de la police de sûreté (APPS)-Association du personnel administratif et technique de l'université (APU / VPU)-Section fribourgeoise de l'association suisse des infirmiers et infirmières (ASI)-Fédération des associations fribourgeoises d'enseignants (FAFE)-Société Pédagogique Fribourgeoise Francophone (SPFF)-Freiburger LogopädInnenverband (FLV)-Groupement fribourgeois des cantonniers-Lehrerinnen und Lehrer Deutschfreiburg (LDF)-Association du personnel forestier fribourgeois / Freiburger Forstpersonal (APFF/FFP)-Association Fribourgeoise des Contrôleurs des Viandes non Vétérinaires (AFCVNV)

FINANZDIREKTION FIND

Amt für Personal und Organisation
Rue Joseph Piller 13
1701 Freiburg
polrh@fr.ch

Freiburg, 12. September 2022

Stellungnahme zum Vorentwurf der Verordnung über die Prämien für das Staatspersonal

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken der FIND dafür, uns in die Vernehmlassung zu diesem Thema einbezogen zu haben, und übermitteln Ihnen hiermit unsere Stellungnahme.

Wir wiederholen unten die Anmerkungen, die wir dem Staatsrat anlässlich der Vernehmlassung zur Revision des StPG übermittelt hatten:

Zu Art. 92-94:

Die FEDE steht der Idee dieser Prämien sehr kritisch gegenüber. Es sollten andere Anreize in Betracht gezogen werden, wie zum Beispiel die Gewährung eines Budgets für Team-Essen. Viele Einrichtungen haben kein Budget für Geschenke oder besondere Aufmerksamkeiten für Ihre Mitarbeitenden. Eine gemeinsame Aktivität stärkt jedoch das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gruppe und den Zusammenhalt. Die Idee ist die Schaffung einer Art von Teamkultur durch eine Aktivität, welche die Identifikation mit der Gruppe und somit den Zusammenhalt fördert. Wir sind hingegen kategorisch gegen die Gewährung von Leistungsprämien oder die Einführung eines Leistungslohns.

Das Thema «Prämien» wird seit Eröffnung dieser Vernehmlassung regelmässig in unseren Gremien diskutiert. Wir stellen dabei fest, dass die Vorbehalte gegenüber der Einführung eines solchen Systems nicht schwächer geworden sind – ganz im Gegenteil. Aus dem Widerstand gegenüber der Einführung der Prämien kristallisieren sich klare Befürchtungen und Kritik heraus: Wir sind der Überzeugung, dass eine objektive und faire Gewährung dieser Prämien schlicht und einfach unmöglich ist.

Die FEDE lehnt die Einführung einer Leistungsprämie also im Grundsatz ab. Es handelt sich unserer Meinung nach um das klassische Beispiel einer Idee, die zwar gut gemeint ist, aber nicht funktioniert.

Es ist eine Tatsache, dass diese individuellen Prämien aufgrund der «Leistung», die den Prämienempfängern zugeschrieben wird, vergeben würden. Es handelt sich daher um einen Mechanismus, mit dem eine Leistungskultur eingeführt wird, deren Auswüchse man in der öffentlichen Verwaltung bereits feststellen konnte. Die potenziellen negativen Folgen sind dieselben, die man bei der Einführung des Leistungslohns feststellen konnte. Wir erinnern daran, dass bereits in der Revision des StPG, die 2001 in die Vernehmlassung ging, die Einführung eines Leistungslohns im Kanton Freiburg vorgeschlagen wurde. Der Grosse Rat verzichtete schliesslich darauf, nachdem eine von der OECD veröffentlichte Studie zeigte, dass solche Systeme im Grundsatz zwar verlockend sind, die globale Leistungsfähigkeit von öffentlichen Verwaltungen jedoch nicht verbessern, sondern beeinträchtigen.

Solche Mechanismen führen nur zu Spaltungen innerhalb von Ämtern – und das in einer Zeit, in der der Zusammenhalt angesichts der Krisen und Herausforderungen, mit denen das Staatspersonal konfrontiert ist, wichtiger ist denn je.

Wir fürchten auch, dass Leistungsprämien den Druck auf das Personal weiter erhöhen. Das läuft dem erklärten Ziel der Personalverbände, welche die psychische Gesundheit des Personals schützen möchten, deutlich entgegen. Die FEDE kann nicht akzeptieren, dass Mitarbeitende mit Angst zur Arbeit gehen. Es ist erwiesen, dass es in öffentlichen Verwaltungen mit Leistungslohn aufgrund dieses Systems zu

Meinungsverschiedenheiten und Konflikten in Teams kommt. Zudem wird eine Zweiklassengesellschaft gefördert: Die Chef*innen und die «Musterschüler*innen» einerseits, und die Personen, die keine Prämien erhalten, andererseits. Das Gefühl von Willkür und Ungleichbehandlung der Mitarbeitenden, die keine Prämien erhalten haben, kann langfristig einen Verlust der Motivation der Kantonsangestellten nach sich ziehen.

Die Zukunft der Gesellschaft ist aufgrund des heutigen Individualismus, der den sozialen Zusammenhalt auf allen Ebenen bedroht, in Gefahr. Es ist die Pflicht des Staates als Arbeitgeber, eine Personalpolitik zu fördern, die Teamarbeit, gegenseitige Unterstützung und Solidarität zwischen den Mitarbeitenden sowie den Dienst an der Bevölkerung wertschätzt. Wir sind der Überzeugung, dass umfangreiche Mittel für die Gesundheitsförderung in den verschiedenen Verwaltungseinheiten bereitgestellt werden sollten, insbesondere zur Sicherstellung einer guten Arbeitsatmosphäre am Arbeitsplatz. Die aktuellen Bemühungen scheinen uns unzureichend. Ein grosser Teil des Personals wagt es nicht, offen zu reden oder Probleme oder Fehlverhalten nach oben zu melden. Dies aufgrund von Resignation («Das ändert sowieso nichts») oder aus Angst vor Repressalien.

Die FEDE ist auch gegen die Einführung von Teamprämien. Wir bevorzugen ein System mit einem Beitrag, welcher den Verwaltungseinheiten zur Finanzierung von Aktivitäten wie Team-Essen oder Geschenke an Mitarbeitende zur Verfügung steht. Viele Einrichtungen haben kein Budget für Geschenke oder besondere Aufmerksamkeiten für Ihre Mitarbeitenden. Die Finanzierung gemeinsamer Aktivitäten zur Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls und des Zusammenhalts in der Gruppe wäre auch gut. Solche Aufmerksamkeiten, von denen das ganze Personal profitieren würde, würden einen Mangel beheben, der von unseren Mitgliedern oft genannt wird: die fehlende Anerkennung des Arbeitgebers für die Bemühungen und Leistungen der Angestellten. Der Staatsrat würde gut daran tun, hier die Meinung der Menschen zu berücksichtigen, die er zu belohnen gedenkt, nämlich der Staatsangestellten. Die Entwicklung eines Gemeinschaftssinns in den Teams muss unbedingt gefördert werden, es sollen Aktivitäten geschaffen werden, die der Identifikation mit der Gruppe und folglich dem Zusammenhalt dienen. Keines dieser Ziele wird mit Leistungsprämien erreicht.

Die FEDE macht sich auch Sorgen darüber, dass die für die Leistungsprämien bestimmten Gelder von dem Budget abgehen, das für Lohnerhöhungen für alle Mitarbeitenden bestimmt ist.

Daher schlägt die FEDE anstelle der sich in der Vernehmlassung befindenden Verordnung eine Richtlinie über die Vergabe eines Budgets für Team-Events wie Jahresessen vor. Es wäre Sache des Staatsrats, jedes Jahr einen Pauschalbetrag festzulegen, der zur Finanzierung von Aktivitäten und Aufmerksamkeiten für Staatsmitarbeitende zum Dank für die geleistete Arbeit bestimmt wäre. Auf diesem Weg würde der Staat als Arbeitgeber dem Personal gegenüber seine Wertschätzung für die Arbeit ausdrücken sowie den Zusammenhalt der Teams und das Engagement für die Bevölkerung des Kantons stärken. Der gesprochene Betrag wäre proportional zur Anzahl der Mitarbeitenden im entsprechenden Amt. Es wäre Aufgabe der Anstellungsbehörden, sicherzustellen, dass das Budget für die Aktivität eingehalten wird.

Aus diesen Gründen lehnt es die FEDE ab, auf die Verordnung einzutreten.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

FÜR DIE GESCHÄFTSSTELLE DER FEDE

Der Präsident:



Bernard Fragnière